Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 227 | Donnerstag den 28. September 1922. | 81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bei uns sind eingegangen vom:

Sächsischen Gesetzblatt das 28. bis 32. Stück vom Jahre 1922,
vom Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 58 und 59 vom Jahre 1922,
vom Reichsgesetzblatt, Teil II Nr. 19 bis 21 vom Jahre 1922.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlage in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich sind, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 27. September 1922 4878 Der Stadtrat.

Freitag den 29. September 1922, abends ½7 Uhr

öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 27. September 1922. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Bekanntmachung,

betreffend geldwerte Deputate in der Landwirtschaft.

Mit Rücksicht auf die bisherigen Preisnotierungen auf dem Kartoffelmarkt wird der in der Bekanntmachung vom 30. August 1922 festgesetzte Wert für **1 Zentner Kartoffeln auf 250 Mark** anderweit festgesetzt. Diese Festsetzung gilt v. 15. Sept. 1922 an.

Dresden, am 25. September 1922. **Landesfinanzamt,**
Abteilung für Besitz- u. Verkehrssteuern.
4877 Nr. 1606 A I Dr. Hoch.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Am 5. Oktober beginnen in Berlin neue Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen.
* Die Brüsseler Finanzkonferenz ist für Mitte Dezember in Aussicht genommen.
* Die Orientkonferenz soll voraussichtlich am 15. Oktober zusammentreten; Lloyd George wird nicht daran teilnehmen.
* Eine türkische Kavalleriepatrouille ist wiederum in die Tschanak-Zone eingedrungen.
* Der türkische Großwesir erklärte sich bereit, zurückzutreten, um der Regierung Kemal Paschas freie Hand zu lassen.
* Die Franzosen lehnen den Wunsch der Türken ab, daß die Russen an der Orientkonferenz teilnehmen sollen.

Stirbt unser Volk?

Man weiß, daß jenseits unserer Grenzen alle Elendsschilderungen von deutscher Seite fast durchweg mit Ablehnung, zuweilen sogar mit kränkendem Hohn und Spott aufgenommen werden. Die unzähligen Ausländer, die uns mit ihrer Gegenwart erfreuen, sehen zumeist nur in den Hauptverkehrsstraßen unserer Großstädte, in den eleganten Hotels und Wirtschaften allerhand Luxus und Übermut sich breitmachen, und kaum einer von ihnen denkt jemals daran, die Stätten der Armut und des Elends aufzusuchen und Vergleiche zu ziehen zwischen der Lage der breiten Masse und dem Freudendasein der auf der Oberfläche schwimmenden Schieber und Wucherer, der Leichtverdiener und Nichts-als-Genießer. Geschweige denn, daß sie unsere in unsagbarer Not versinkenden Mittelstandskreise aufsuchten, wo man stillehält, sich verbirgt und wortlos trägt, was kaum noch zu ertragen ist.

Aber nun kommen die wissenschaftlich ermittelten Ergebnisse unserer amtlichen Statistik, die grausamen Zahlen, die deutlicher reden als noch so bewegliche Elendsschilderungen, und predigen laut und vernehmlich: die Sterblichkeit in Deutschland ist in starker Zunahme begriffen, die Geburten gehen zurück! Die neuesten statistischen Ergebnisse beziehen sich auf das erste Vierteljahr 1922. In dieser Zeit sind die Geburten, auf 1000 Einwohner gerechnet, von fast 29 im Jahre 1913 und von 27,7 im Jahre 1921 auf 25,6 im ganzen Reich zurückgegangen. In Berlin ist sogar die Zahl der Geburten, gegen 1913 gerechnet, um fast 40 Prozent zurückgegangen und die Sterbeziffer hat die Geburtenfälle so sehr überschritten, daß ein Rückgang der Berliner Gesamtbevölkerung um 3800 Personen zustandegekommen ist. Der allgemeine Rückgang der Geburten wird in der Hauptsache auf den Einfluß der Teuerung zurückgeführt, die sich naturgemäß am meisten in den Städten wirksam gezeigt hat, während die ländlichen Gebiete von ihr wesentlich weniger berührt wurden. Die ungünstigen Sterbeziffern werden mit den Grippeepidemien zu Anfang des Jahres und auch mit der langandauernden, sehr großen Kälte des letzten Winters erklärt. Für 1913 war eine Durchschnittssterblichkeit von 16,8 festgestellt, jetzt beträgt sie 18,5; in Berlin vor 9 Jahren 15,2, jetzt 17,4. Auf das ganze Reich berechnet, ergibt sich im ersten Quartal d. J. noch ein geringer Geburtenüberschuß von etwa 100 000, was gegen die Zeit vor dem Krieg einen Rückgang um die volle Hälfte bedeutet.

Es ist wahr, äußerlich tritt dieser Wandel der Dinge ganz gewiß noch nicht in die Erscheinung. Berlin ist dem äußeren Eindruck nach mehr als jemals früher von Menschen überfüllt. Und auch wohin man sonst in Deutschland kommt, macht sich im allgemeinen nichts weniger als Menschenmangel bemerkbar. Aber wir wissen nur zu gut, daß die Zugewanderten aus allen Zonen — darunter zum erheblichen Teil sehr unerwünschte Gäste — allerorts schon einen starken Prozentsatz in diesen Menschenmassen ausmachen und das vielfach eine recht ungesunde Verschiebung innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu ungewöhnlichen Zusammenballungen in manchen Gegenden des Reiches geführt hat; und naturgemäß in solchen, die sich dem nachprüfenden Blick des Beurteilers am ehesten darbieten, während diejenigen Teile des Reiches, in denen die deutsche Menschenfülle langsam zurückgeht und verebben will, mehr abseits vom Wege gelegen und daher einer Beobachtung durch Dritte mehr entzogen sind. Aber werden die Zahlen und die Tatsachen, die sie predigen, auf das Ausland ernstlich Eindruck machen? Daß die Hungerblockade im Weltkriege 800 000 deutschen Nichtkämpfern, Greisen, Frauen und Kindern, das Leben kostete, hat die nichtdeutsche Welt wie eine glatte Selbstverständlichkeit hingenommen; und kaum ein Menschenfreund in den Reihen der Siegervölker hat sich gefunden, der gegen diese Ungeheuerlichkeit jemals seine Stimme erhob. Daß England sogar nach Abschluß des Waffenstillstandes die Hungerblockade noch viele Monate hindurch fortsetzte und so ihre mörderischen Wirkungen gegen ein zusammengebrochenes Volk aufrecht erhielt, blieb ebenfalls in der alten wie in der neuen Welt so gut wie unbeanstandet — England hatte den Krieg gewonnen, also durfte es sich gegen den Besiegten alles erlauben! Heute handelt es sich um die traurige Wirkung der Teuerung, die sicherlich mit dem Krieg als solchem, seinen zerstörenden Wirkungen auf unsere Produktionsquellen, sicherlich auch mit der Revolution und ihren Folgeerscheinungen zusammenhängt, die aber ebenso sicher bedingt ist durch die andauernde Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Kampfmitteln, wie sie besonders von Frankreich gegen uns beliebt wird. Vielleicht wird nun wenigstens die zunehmende Sterblichkeit in Deutschland als Beweisgrund für die Notwendigkeit einer baldigen Revision des Versailler Vertrages im Ausland anerkannt werden. Man sieht, die Teuerung hält an, vor wie nach dem Einzelabkommen mit Belgien, vor wie nach der Bewilligung dieser kleinen Atempause, die, uns früher zugestanden, möglicherweise noch einige Wirkung getan hätte.

Wer helfen will, sollte bald helfen, zumal mit Sicherheit anzunehmen ist, daß das zweite und das dritte Quartal dieses Jahres noch erheblich ungünstigere Zahlen aufweisen werden als das erste. Was uns aber erst in den kommenden Wintermonaten bevorsteht, daran kann man heute nur mit Grausen denken.

Wieder ein politisches Märchen.

Keine Allianz zwischen Deutschland, Rußland, China.

Berlin, 26. September.

Zu Pressemeldungen über Verhandlungen betreffend eine russisch-chinesisch-deutsche Allianz, die angeblich zwischen einem Abgesandten der früheren südchinesischen Regierung und dem ehemaligen deutschen Gesandten in China Herrn von Hintze gepflogen worden sein sollen, wird amtlich mitgeteilt, daß der deutschen Regierung von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist und ebensowenig von einer angeblichen amtlichen Mission Herrn von Hintzes nach Rußland. Wie Herr von Hintze hier mitgeteilt hat, sind auch von ihm Verhandlungen über eine derartige Allianz nicht geführt worden.

Sachlieferungen statt Barzahlungen.

„Der Alp der Reparationen."

Die Erkenntnis, daß die dauernden Versuche, aus Deutschland Gold herauszupressen, zu keinem Resultat führt, bricht sich auch in Frankreich immer weiter Bahn, nur ist die Gesinnung trotz dieser Wandlung immer noch die gleiche geblieben. So hielt jetzt der Senator Jonnart eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Alp der Reparationen, welcher so viel Enttäuschungen hervorgerufen hat, hat lange genug gedauert. Aber es soll niemand kommen und verlangen, daß wir ihm unsere nationalen Bedürfnisse opfern. Das Programm der Regierung, sagte Jonnart weiter, ist auch das unsere:

von Deutschland zahlreiche Sachlieferungen zu erhalten und Geldzahlungen, die durch die Ausgabe einer internationalen Anleihe erleichtert werden.

Wenn Deutschland bei einer Anleihe Glück haben soll, muß es zu einer strengen Kontrolle seiner Ausgaben bereit sein und seinen Gläubigern solide Pfänder geben. — Etwas weniger revanchepolitisch und dafür etwas mehr kaufmännisch äußerte sich der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer über die Reparationsfrage. Er sagte dabei über die jüngsten Abmachungen zwischen Stinnes und Lubersac: Diese Abmachungen bedeuteten für Frankreich

einen Wert von 20 bis 25 Milliarden

an Arbeitskräften und Materiallieferungen. Es bestehe so für Frankreich eine Möglichkeit, einen Teil seiner Forderungen an Deutschland zu befriedigen. Ferner sei es gelungen, aus den Saargruben Hüttenkoks zu gewinnen, der dem Ruhrkoks gleichkomme. Außerdem gewinne man aus den Destillaten des Saarkoks petroleumhaltige Erzeugnisse von großem Gehalt. Dadurch könne Frankreich eine der größten, wenn nicht die führende Nation in der Hüttenindustrie werden. (Auf unsere Kosten!) — Der Aktionsausschuß für die zerstörten Gebiete will Ende dieses Monats die Grundlagen eines mit dem deutschen Verbande sozialer Baubetriebe abzuschließenden Abkommens über Sachlieferungen festlegen; seine Unterzeichnung soll am 8. Oktober in Berlin stattfinden.

Finanzkonferenz im Dezember.

Günstige Voraussagen.

Die bereits vor Wochen viel erörterte nächste Konferenz zur „endgültigen" Regelung der Reparationsfrage soll nunmehr Mitte Dezember stattfinden. Belgien will England und Frankreich noch in diesem Jahre zu einer Konferenz über den ganzen Kreis der Probleme der interalliierten Schulden und der Reparationen einladen. Die Konferenz soll in Brüssel stattfinden, und die belgische Regierung soll für diese Beratungen einen Vorschlag bereit halten. Vor der Konferenz soll eine Besprechung der ersten Minister über die Reparationsfrage stattfinden.

Man hält es in Londoner politischen Kreisen für nicht ausgeschlossen, daß das freundschaftliche Einvernehmen, welches zwischen Frankreich und England in der Orientfrage erzielt worden sei, sich auf die Reparationsfrage übertragen lasse und schnell zur Beilegung der Zwistigkeiten, die in dieser Frage zwischen den beiden Ländern herrschen, beitragen werde. Man hofft deshalb, in Brüssel greifbare Resultate in der Reparationsfrage erreichen zu können.

Die Übergabe der deutschen Schatzscheine.

Kein Eingreifen der Reparationskommission.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen haben nach vielen Umwegen und Schwierigkeiten bekanntlich damit geendet, daß die deutsche Regierung an Stelle der letzten Zahlungen Schatzwechsel auszustellen versprach. Diese Zusage ist nunmehr pünktlich erfüllt worden. Oberregierungsrat v. Oertzen von der Kriegslastenkommission hat der Reparationskommission in Paris

zehn Schatzwechsel übergeben,

und zwar vier Wechsel über je zehn Millionen und einen Wechsel über 7,4 Millionen Goldmark, die am 15. Februar 1923 fällig sind, ferner vier Wechsel über je zehn Millionen und einen Wechsel über 8,6 Millionen Goldmark, die am 15. März 1923 fällig sind. Die Reparationskommission wird sich darauf beschränken, von der Übergabe der deutschen Schatzscheine, die den Fälligkeiten vom 15. August und 15. September entsprechen, Kenntnis zu nehmen. Die Schatzscheine werden der belgischen Abordnung bei der Reparationskommission übergeben, die sie der Brüsseler Regierung übermitteln wird.

*

Die Ausgleichszahlungen.

Neben den Reparationszahlungen haben wir auch an die Leistungen aus dem Ausgleichsverfahren zu denken, um deren Stundung die deutsche Regierung seinerzeit ebenfalls ersucht hatte. Das Londoner Abkommen vom Juni 1921, wonach diese Zahlungen für alle Staaten gemeinsam geregelt waren, ist daraufhin gekündigt worden. Nunmehr ist zwischen der deutschen und der französischen sowie der englischen Regierung vereinbart worden, daß am 5. Oktober neue Verhandlungen in Berlin zur Regelung der weiteren deutschen Ausgleichszahlungen an diese beiden Staaten beginnen sollen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF